Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr. Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonnabend, den 16. Dezember 1882. Nr. 588

Deutschland.

Berlin, 15. Dezember. Die Regierungsvorlage hinsichtlich der Staatshülfe für die durch Ueberschwemmung Heimgesuchten in den Rheinlanden wird, so schreibt man uns, erst nach dem Feste erscheinen, da trotz fortgesetzter Bemühungen die Höhe des angerichteten Schadens noch immer nicht annähernd zu übersehen ist. Die Staatsmittel werden in gleicher Weise wie bei dem letzten ähnlichen Nothstande in Oberschlesien verwendet werden, d. h. zur Ergreifung von Mitteln, um künftige ähnliche Verheerungen fern zu halten oder doch zu mildern und andererseits um besonders schwer Beschädigten durch Gewährung namhafter Unterstützungen, sowie von Darlehen aufzuhelfen. Inzwischen hat die Privatwohlthätigkeit die dringendste Aufgabe, das schwere Leid zahlloser einzelner kleiner Leute, die um ihr ganzes Hab und Gut gekommen sind, zu mildern.

— So viel aus den vorgestrigen Berathungen des Evangelischen Ober-Kirchenraths mit dem Synodialrath verlautet, schreibt die „Kreuz-Ztg.", dürfte in Sachen der Mischehen eine von den Kanzeln zu verlesende Ansprache an die Gemeinden zu erwarten stehen, welche dieselben zur Treue im Bekenntniß auch auf dem Gebiete der Ehe ermahnt, und außerdem eine nähere Anweisung an die Geistlichen und Gemeindekirchen-Räthe für ihr Verhalten bei den aus den Mischehen sich ergebenden Fragen enthält. Was den zum 10. November 1883 bevorstehenden vierhundertjährigen Gedenktag des Geburtstages Dr. Martin Luther's anlangt, so wird schon das Reformationsfest am Sonntage zuvor (4. November) einen geeigneten Anlaß zur geistigen Vorfeier gewähren. Für den auf den Sonnabend fallenden Gedenktag selbst soll zunächst am Vormittag eine kirchliche Schulfeier in Aussicht genommen sein, die besonders dem Gedächtniß des Begründers der evangelischen Volksschule gewidmet ist, und am Abend eine liturgische Andacht, bei der das lutherische Kirchenlied seine gebührende Stelle findet. Die Haupt-Kirchenfeier würde dann am Sonntage, den 11. November (25. nach Trinitatis) abgehalten werden und für das Andenken Luther's als Reformator der Kirche bestimmt sein. Die mit dem Jubiläum zu verbindende Kollekte wird vermuthlich zum Ziel haben die Erinnerung an diesen Tag durch eine Lutherstiftung und zwar durch den Bau einer Kirche in der Diaspora zu bewahren. Bei den Verhandlungen des Evangelischen Oberkirchenraths mit dem Synodalrath, der nur als „Beirath" fungirt, werden zwar keine formell bindenden Beschlüsse gefaßt; indessen läßt sich annehmen, daß das wesentliche Ergebniß der Berathungen auch zur Ausführung gelangen werde.

— Die Gewerbe-Kommission des Reichstages beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der Approbation der Aerzte und Apotheker, welche nach der Regierungsvorlage nicht nur, wie bisher, zurückgenommen werden kann, wenn die Unrichtigkeit der Nachweise dargethan wird, auf deren Grund solche ertheilt worden ist, sondern welche nach dem Entwurf von der Verwaltungsbehörde auch dann zurückgenommen werden kann, „wenn aus Handlungen oder Unterlassungen des Inhabers der Mangel derjenigen Eigenschaften, welche bei der Ertheilung der Approbation vorausgesetzt werden mußten, klar erhellt". Es ist dies eine Bestimmung, welche in den betheiligten Kreisen den lebhaftesten Widerspruch hervorgerufen hat, und gegen die namentlich auch auf dem diesjährigen deutschen Aerztetag in Nürnberg Protest erhoben wurde. Dieser Widerspruch der ärztlichen Berufsgenossen scheint denn auch für die konservativen und für die klerikalen Mitglieder der Kommission bestimmend gewesen zu sein, diesmal mit den Liberalen gegen die Regierungsvorlage zu stimmen. Wie berichtet wird, kam es hierbei zwischen den Abgg. v. Kleist-Retzow und Dr. Baumbach zu einer Auseinandersetzung, indem Letzterer darauf hingewiesen hatte, daß man gegen Hausirer und Handlungsreisende seitens der konservativen Herren weniger rücksichtsvoll vorgegangen sei, wie gegen den vornehmeren Stand der Aerzte. Eingefügt wurde aber auf Antrag des Herrn von Kleist-Retzow die Bestimmung, wonach der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auch den Verlust der Approbation nach sich ziehen kann. Der Abg. Dr. Baumbach hatte, unterstützt von den liberalen Mitgliedern der Kommission, den Standpunkt vertreten, daß eine derartige Bestimmung in das Strafgesetzbuch gehöre, und daß man mit dem Erlaß einer solchen warten solle, bis die gegenwärtige Bewegung in dem ärztlichen Stande, welche auf eine Rekonstituirung des letzteren gerichtet ist, zu einem gewissen Abschluß gediehen sein und namentlich zu der Einsetzung ärztlicher Standesvertretungen geführt haben werde.

— Der Antrag auf Einführung von obligatorischen Arbeitsbüchern ist von der deutschkonservativen Partei wirklich gestellt worden. Es war dies bei der ablehnenden Haltung, welche namentlich die preußische Regierung diesem Vorhaben gegenüber einnimmt, in der letzten Zeit zweifelhaft geworden, und wie seitens eines Mitgliedes der Gewerbekommission des Reichstags in der letzteren mitgetheilt wurde, waren die Herren von der klerikal-konservativen Majorität der Kommission noch gestern Abend nicht schlüssig, ob sie diesen Antrag in der That einbringen sollten oder nicht. Der Antrag ist von den Abgeordneten Ackermann, Dr. Hartmann und von Kleist-Retzow eingebracht und beginnt mit der Bestimmung: „Als gewerbliche Arbeiter dürfen, soweit reichsgesetzlich nicht ein Anderes zugelassen ist, nur solche Personen beschäftigt werden, welche mit einem Arbeitsbuch versehen sind." Die klerikalen Mitglieder der Kommission werden dem Vernehmen nach für den konservativen Antrag stimmen, so daß demselben die Majorität in der Kommission gesichert ist.

— Die zahlreichen gerichtlichen Verfolgungen, die wegen des verbotenen Spielens in auswärtigen Lotterien in der letzten Zeit in der Reichshauptstadt ins Werk gesetzt worden sind, haben den Anlaß zu einer ausführlich begründeten Petition an das Abgeordnetenhaus gegeben, in welcher gebeten wird, die entsprechenden Verordnungen vom 5. Juli 1847 und vom 25. Juni 1867 aufzuheben. Die erstgedachte Verordnung gilt in den alten Provinzen des preußischen Staates und bedroht denjenigen, welcher in auswärtigen, in Preußen nicht zugelassenen Lotterien spielt, sich dem Verkauf der Loose solcher Lotterien unterzieht oder diesen Verkauf als Mittelsperson befördert, mit Geldstrafen bis zu 1500 Mark. Die zweite Verordnung, die nur für die 1866 erworbenen Landestheile gilt, stellt die vorgedachten Handlungen unter den jetzigen § 286 des Reichs-Strafgesetzbuchs und bedroht sie mit Gefängnißstrafen bis zu 2 Jahren oder Geldstrafen bis zu 3000 Mark. Die neuesten Verurtheilungen sind übrigens auch im Gebiete gleichen Strafrechts keineswegs gleichmäßig ausgefallen. Einzelne Gerichte haben Strafen von 3 Mark, andere von 1000 Mark erkannt, einige haben auf Einziehung der Loose erkannt, andere dieselbe abgelehnt; im Ganzen sind im letzten Jahre allein gegen 5000 Untersuchungen wegen Spielens in auswärtigen Lotterien eingeleitet worden. Der Finanzminister Bitter erkannte f. Z. im Abgeordnetenhause selbst an, daß die Zahl der in Preußen gespielten auswärtigen Loose gegen 95,000 betrage und daß es wünschenswerth sei, dem Drange nach Lotteriespiel eine freiere Bahn zu verschaffen.

— An ihrer Spitze bringt die „N. A. Z." heute die folgende Kundgebung:

„In Bestätigung mehrfacher ähnlicher Nachrichten aus jüngster Zeit bringt eine Wiener Korrespondenz des „Deutschen Tageblatts" die Mittheilungen, daß die Franzosen ihre Abneigung, Produkte deutscher Industrie zu beziehen, gegenwärtig, wo immer möglich, bethätigen; aus diesem Motive würden neuerdings keine französischen Bestellungen mehr in deutschen Fabriken, trotz der unübertroffenen Leistungsfähigkeit derselben, gemacht, sondern alle derartigen Aufträge ergingen lediglich an österreichische Fabrikanten. Wir glauben allerdings behaupten zu dürfen, daß deutsche Konsumenten bei der Entscheidung über die Güte von Waaren und über die geeignetste Bezugsquelle derselben zu sehr an der Gewohnheit vernünftiger Ueberlegung festhalten, um sich hierbei durch solche politische Rücksichten, wie die Franzosen, beeinflussen zu lassen. Aber die deutsche Politik pflegt nicht solche Erscheinungen, wie die in Rede stehenden, ruhig hinzunehmen. Wir hören, daß in Anbetracht der erwähnten, von mehreren Seiten gemeldeten Vorgänge die Absicht besteht, Frankreich gegenüber nicht bei der gegenwärtigen enthaltsamen Zollskala zu verbleiben. Insbesondere würden moussirende Weine und die sogenannten articles de Paris einem höheren Zollsatze unterzogen werden."

Die „N. Z." bemerkt dazu:

In dieser Mittheilung ist die Begründung offenbar von erheblich größerer Wichtigkeit als die Maßregel selbst, die schließlich darauf hin vorgeschlagen wird. Es wird konstatirt, daß die Franzosen sich durch ihre Abneigung gegen Deutschland in ihrem Verkehrsleben beeinflussen lassen, daß die deutsche Politik solche Erscheinungen nicht ruhig hinzunehmen pflege. Der wirthschaftliche Angriff ist von Frankreich ausgegangen und ihm soll der Gegenstoß auf spezifische Ausfuhrartikel Frankreichs, wie Champagner und Pariser Artikel, antworten.

Die französische Regierung bleibt bei diesen Betrachtungen außer Frage. Indessen schließt sich diese Kundgebung doch wenigstens zeitlich an die mancherlei Bewegungen an, die in der letzten Zeit auf diplomatischem Gebiet sichtbar geworden sind und die auf einen falschen Blutstropfen in den Adern des diplomatischen Verkehrs schließen lassen. Es ist schwer zu sagen, ob diese Ankündigung von Zollmaßregeln eine isolirte Thatsache bildet oder ob sie als ein Glied in ein zusammenhängendes System sich einfügt. Der Enthüllung über Tragweite und Dauer des österreichisch-deutschen Bündnisses ist die Ankündigung Seitens Englands gefolgt, daß es die Angelegenheit des Suezkanals jetzt zum europäischen Austrag bringen will. Der wohlwollende Ton, in welchem die „N. A. Z." gestern Abend die egyptischen Pläne Englands besprach, steht in markantem Gegensatz mit der Erklärung, in welcher Frankreich gegenüber heute der wirthschaftliche Kampf aufgenommen wird.

— Während der Botschafterkonferenz in Konstantinopel ist bekanntlich davon die Rede gewesen, die Sicherheit der Schifffahrt auf dem Suezkanal unter internationalen Schutz zu stellen. Die damaligen Unterhandlungen wurden gegenstandslos Dank den englischen Erfolgen in Egypten, durch welche jede Gefährdung des Verkehrs auf dem Kanal beseitigt wurde. Nach einer Mittheilung der „Nordd. Allg. Ztg." verlautet nun, daß die englische Regierung Vorschläge über die definitive Regelung dieser Frage den anderen Konferenzmächten demnächst mittheilen werde. Es sollen bei dieser Gelegenheit auch die Interessen der Staaten berücksichtigt werden, welche an der Konferenz bisher nicht betheiligt waren, bei der Schifffahrt im Suezkanal aber durch ihren Kolonialbesitz besonders interessirt sind. Es heißt, daß namentlich die Niederlande und Spanien ihre Wünsche in dieser Beziehung bei etwaigem Wiederzusammentritt der Konferenz bei dieser und sonst bei den einzelnen Mächten geltend zu machen beabsichtigen. Das gouvernementale Blatt glaubt, daß sie in diesem Falle allseitig eine entgegenkommende Aufnahme finden und an den Vortheilen freier und sicherer Schifffahrt auch in Zukunft ihren berechtigten Antheil jederzeit haben werden.

— In der gestrigen Sitzung des Bundesraths wurden, wie die „Voss. Ztg." berichtet, die mecklenburgischen Petitionen gegen das Zivilstandsgesetz auf den Antrag des Justizausschusses abschlägig beschieden.

— Die anarchistische Bewegung in Frankreich dauert, wenn man aus den zahlreichen Verhaftungen der jüngsten Tage einen Schluß ziehen darf, fort. Da zugleich vor dem Assisenhofe in Riom der Prozeß gegen die wegen der Vorgänge in Montceau-les-Mines Verhafteten wieder aufgenommen worden ist, wird bald ein klarer Einblick in diese Bewegung gewonnen werden. Unter den in Paris Verhafteten befindet sich auch der Redakteur der „Egalité", Paul Lafargue, ein Schwiegersohn von Karl Marx. Lafargue steht unter der Anschuldigung, sich an einem anarchistischen Komplott betheiligt zu haben, und wird nach Montluçon transportirt. Ebenso haben in Lyon, wie der „Intransigeant" mittheilt, Verhaftungen stattgefunden, und zwar handelt es sich dabei um Personen, welche der Arbeiter-Internationale angehören sollen. Eine von diesen Personen hatte sich nach Genf geflüchtet und war erst jüngst wieder auf französischen Boden zurückgekehrt. Inzwischen ist in Toulouse auch eine Studentenrevolte ausgebrochen, die jedoch mit politischen Vorgängen nichts zu thun hat. Den äußeren Anlaß zu dieser Revolte bot die Weigerung des Maire Huc, der zugleich Professor in der Rechtsfakultät ist, die Theaterpreise für die Studenten zu ermäßigen. Die Kundgebungen im Theater nahmen in Folge dessen einen so tumultuarischen Charakter an, daß dasselbe geräumt werden mußte und zahlreiche Verhaftungen erfolgten, während zugleich zwei Kompagnien Infanterie die Zugänge des Theaters besetzt hielten. Man besorgt weitere Ruhestörungen in Toulouse; die geeigneten Vorsichtsmaßregeln sind bereits getroffen worden.

— Aus Lord Derby's vorgestriger Programmrede verdient nach ausführlicheren telegraphischen Auszügen hervorgehoben zu werden, daß derselbe erklärte, ein Protektorat Englands über Egypten wünsche nur eine lärmende kleine Fraktion in England und die absolutistische Partei im Auslande, welche gern sähe, daß die zwei freisten Staaten Europa's (England und Frankreich) sich bei den Ohren hätten. Sodann befürwortete Lord Derby Frankreichs Bestreben, ein Kolonialreich zu begründen, weil es ein sicherer Ausweg sei, um die Franzosen von dem Gedanken an die Rückgewinnung von Elsaß und Lothringen abzubringen.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." meldet: Justizrath Primker begiebt sich nach Konstantinopel zurück, um an den Arbeiten des Rathes der türkischen Staatsschulden-Verwaltung über die Einführung der Regie und die Unifizirung der türkischen Staatsschuld Theil zu nehmen. Die von verschiedenen Korrespondenzen gebrachten Nachrichten von dem Scheitern oder Gelingen einer anderweitigen finanziellen Mission des Herrn Justizraths Primker sind unrichtig. Inwieweit die Studien, welche Herr Justizrath Primker während seines Aufenthaltes im Orient über die dortigen kommerziellen und Verkehrsverhältnisse gemacht hat, im Interesse des deutschen Kapitals ihre Verwerthung finden werden, bleibt der Zukunft vorbehalten.

— Der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Schwerin soll, wie wir erfahren, in Schwerin nicht unerheblich erkrankt sein.

— Der Sultan hat dem deutschen Botschafter, Herrn v. Radowitz, anläßlich des zu Ehren des letzteren im Palaste stattgehabten Galadiners den Großkordon des Osmanie-Ordens verliehen.

Ausland.

Paris, 14. Dezember. Nach dem „Telegraphe" ist es in dem letzten Ministerrathe zu einer lebhaften Diskussion betreffs der Expedition nach Tonking zwischen den Partisanen und Gegnern derselben gekommen. Da Grevy Partei für letztere genommen, habe Duclerc in der Sitzung der Minister die bereits vorbereitete Kreditforderung für die Expedition zerrissen.

Viktor Hugo hat an den Kaiser von Oesterreich ein offenes Schreiben gerichtet, worin er um Begnadigung Oberdank's bittet. Italienische Studenten hatten sich deswegen an Victor Hugo gewendet.

Gambetta, der seine Kräfte überschätzte und zu früh das Krankenlager verließ, hat einen Rückfall gehabt.

London, 13. Dezember. Das liberale England feiert heute ein großes politisches Jubiläum. Für den Premierminister und die von ihm repräsentirte Partei ist es der fünfzigjährige Jahrestag seiner öffentlichen politischen Laufbahn, denn es war am 13. Dezember 1832, am Tage der ersten allgemeinen Wahlen nach der großen Reformakte, daß William Ewart Gladstone als Vertreter des Wahlkreises Newark, in der Grafschaft Nottingham, ins Unterhaus gewählt wurde, und es dürfte angemessen sein, bei dieser Gelegenheit einen kurzen Rückblick zu werfen auf einzelne Begebenheiten in der vielbewegten und folgenreichen politischen Thätigkeit des gefeierten Staatsmannes der Reformperiode. In passender Weise hat der Stadtrath des Wahlkreises Newark die lange Reihe von Beglückwünschungs-Adressen eröffnet, welche heute Herrn Gladstone aus allen Theilen des Landes und nicht nur von den liberalen Vereinen allein überreicht oder zugesandt werden. An diesem Tage, an welchem Gladstone seine politische Laufbahn als Konservativer etwa 14 Tage vor der Vollendung seines 23. Lebensjahres betrat, hatte er in Oxford promovirt und war somit unmittelbar aus seinem Universitäts- und Studentenleben in das parlamentarische Leben eingetreten. Er hatte seinen Sitz für Newark der Freundschaft des Lord Lincoln zu verdanken. Keiner von Gladstones Kollegen in dem gegenwärtigen Kabinet hatte im Jahre 1832 schon die öffentliche Laufbahn betreten. Gladstone trat zuerst in seinem 25. Lebensjahre in ein öffentliches Amt als Junior-Lord des Schatzamts. Premier war damals Sir Robert Peel. Als Minister der Krone hat Gladstone in seiner 50jährigen parlamentarischen Laufbahn im Ganzen 22 Jahre gedient, darunter 8 Jahre als Premierminister und beinahe zwanzig

Jahre als Kabinetsminister. Die Abtheilungen, in denen er seine Karriere machte, sind das Kolonialamt, das Schatzamt, die königliche Münze und das Handelsamt. 1853 war sein erstes Jahr als Schatzkanzler und die nationalen Ausgaben betrugen unter seiner damaligen Verwaltung nur 54 Mill. Pfd. Sterl., heute belaufen sich dieselben auf 62 Millionen. Die „Daily News" stellt in ihrer Ueberschau Gladstone unter allen englischen Staatsmännern dem verstorbenen Palmerston am nächsten. Es war Gladstones guter Stern oder vielmehr die Kraft seines Genies, seine Energie und seine Gelegenheiten vereint, welche ihn befähigten, seinen Namen mit der ganzen Geschichte der Reform zu verknüpfen und die Zeitgeschichte nennt ihn nicht nur den größten konstitutionellen Reformator in der englischen Geschichte, sondern auch als den größten finanziellen Reformator.

Die Königin empfing gestern im Schlosse zu Windsor die madagassische Gesandtschaft, welche in Begleitung ihrer Sekretäre, ihres englischen Dolmetsch und des madagassischen Konsuls in London, Mr. S. Proctor, erschien. Der erste Botschafter, Ravoninahitriniaro.co, überreichte der Monarchin ein Schreiben der Königin von Madagaskar, sowie mehrere Geschenke seiner Souveränin. Nach Beantwortung der formellen Ansprache des Botschafters erkundigte sich die Königin nach dem Befinden der Königin von Madagaskar und sagte dem Botschafter, daß sie sich für Madagaskar in hohem Grade interessire. Auf die Anfrage der Königin, ob die kalte Witterung in England die Mitglieder der Gesandtschaft inkommodire, erwiderte der erste Botschafter, der Gesandtschaft wäre in England ein solch herzlicher Willkommen zu Theil geworden, daß sie von dem Wetter keine Notiz nehme. Die Gesandten und deren Sekretäre trugen den „Lamba" (eine seidene Schärpe) über ihren diplomatischen Kostümen. Nachdem sich die Gesandten von der Monarchin verabschiedet hatten, nahmen sie die Sehenswürdigkeiten des königlichen Schlosses in Augenschein und kehrten sodann nach London zurück.

Der Gesundheitszustand des Kriegsministers Childers hat sich soweit gebessert, daß seine Freunde alle Hoffnung hegen, er werde bald im Stande sein, seine neue ministerielle Stellung als Schatzkanzler anzutreten, und wird dann, wie schon gerüchtweise gemeldet wurde, Lord Hartington an dessen Stelle als Kriegsminister treten, ein Amt, welches er bereits vom Januar bis Juli 1866 einmal versehen hat, nachdem er vier Jahre lang vorher, 1862—1866, Unterstaatssekretär desselben Ministeriums gewesen war. (N.-Z.)

Elfter deutscher Handelstag.

Berlin, 15. Dezember 1882.

I.

Unter äußerst zahlreicher Betheiligung begannen heute Vormittag im Oberlichtsaale des Rathhauses die Verhandlungen des deutschen Handelstages. Der Vorsitzende des bleibenden Ausschusses, Geh. Kommerzienrath Delbrück (Berlin) eröffnete die Verhandlungen gegen 10¾ Uhr Vormittags und ertheilte zunächst das Wort dem

Staatsminister v. **Böttcher**: Meine Herren! Es ist mir heute wieder eine besondere Ehre und Freude, den deutschen Handelstag zu begrüßen, auch im Namen des Herrn Reichskanzlers, von dem Sie wissen, daß er ein eifriger und treuer Förderer des deutschen Handels und Verkehrs ist. Besonders ist meine Freude groß, weil die Zustände in unserem wirthschaftlichen Leben sich zu allseitiger Befriedigung in dem letzten Jahre befestigt und gebessert haben, weil die Erwartungen und Hoffnungen, welche ich vor zwei Jahren an dieser Stelle aussprechen und deren Erfüllung ich schon vor einem Jahre in beschränktem Maße bestätigen konnte, heute in erweitertem Maße in die Erscheinung getreten sind.

Ich habe bei meinen dienstlichen Reisen in Baiern und den westlichen Provinzen Preußens einen sehr befriedigenden Eindruck von dem Schaffen der deutschen Industrie erhalten und muß darüber meine hohe Befriedigung aussprechen, ebenso wie den Dank für die liebenswürdige Aufnahme, die ich dort überall gefunden habe. Unter großen Schwierigkeiten sucht sich die Industrie ein erweitertes Absatzfeld und hat dabei auch ihre Produkte so gebessert, daß es mir nicht mehr zweifelhaft erscheint, Deutschland wird auf diesem Wege bald der erste Industriestaat der Welt sein. (Beifall.) Die deutsche Regierung will keineswegs diese freie Entwickelung hemmen, sondern ihr ist die Vervollkommnung der deutschen Industrie ebenso begehrenswerth wie allen Patrioten.

Es hat uns deshalb mit Betrübniß erfüllt, daß in Preußen eine Maßregel des preußischen Handelsministers so aufgefaßt worden ist, als wollte dieselbe die freie Thätigkeit der Organe unterbinden, auf deren Mitwirkung wir den größten Werth legen. Die Mehrzahl der preußischen Handelskammern haben allerdings zu unserer Befriedigung der Maßregel den Werth beigelegt, der ihr nach der Ansicht des preußischen Handelsministers zukommt, und haben sich deshalb nicht in den Schmollwinkel zurückgezogen. Ihr permanenter Ausschuß hat diese Frage taktvoll und objektiv behandelt. Ich will die Freiheit Ihrer Berathungen und Entschließungen nicht beschränken, ich wollte nur jeden Zweifel an der Möglichkeit einer Verständigung zwischen uns beseitigen. Ich wünsche, daß unser Streben bei Ihnen stets demselben Verständniß begegnen möge, welches hoffentlich Ihre Bestrebungen bei uns stets finden werden. Kommen Sie uns vertrauensvoll entgegen, Sie werden stets bei uns ein offenes Herz finden. Dann wird das Vertrauen wiederkehren zu unserer industriellen Leistungsfähigkeit und zu der Regierung, welche Ihnen nach allen Richtungen zu helfen bereit ist. (Beifall.)

Der Vorsitzende Geh. Kommerzienrath **Delbrück** dankt dem Minister für diese Beweise seines Wohlwollens und schließt mit der Hoffnung, daß es den Vertretern der kaufmännischen Korporationen auch fernerhin vergönnt sein möge, ihren Aufgaben nachzukommen und ohne Scheu das zu sagen, was ihre Ansicht über den Zustand unserer Handels- und industriellen Verhältnisse ist.

Namens der Stadt Berlin gab Oberbürgermeister v. **Forckenbeck** seiner Sympathie für das Streben des deutschen Handelstages Ausdruck, Namens des Aeltestenkollegiums der Berliner Kaufmannschaft begrüßt Geh. Kommerzienrath **Mendelssohn** die Versammlung, die hiernach sofort zur Konstituirung des Bureaus überging und die bisherigen Vorsitzenden **Delbrück** (Berlin), **Refadt** (Hamburg) und **Frommel** (Augsburg) per Akklamation wiederwählte.

Kommerzienrath **Bertelsmann** (Bielefeld) beantragt bei Behandlung der prozentualen Börsensteuer das gesammte Stempelsteuergesetz vom 1. Juli 1881 in die Debatte zu ziehen und unter Nachweisung der Schäden, die dieses Gesetz bereits geschaffen, auf Aufhebung dieses Gesetzes hinzuweisen. Nach den Versicherungen, die uns der Herr Vertreter der Staats-Regierung gegeben hat, kann ja, wenn die Nachtheile des Stempelsteuergesetzes der Regierung nachgewiesen werden, die Aufhebung des Gesetzes nicht zweifelhaft sein.

Der Vorsitzende bemerkte, daß eine solche Erweiterung des Themas dem Zwecke desselben nicht förderlich sein würde. Er ersucht: Der Handelstag möge beschließen: den von Wedell'schen Antrag allein zu behandeln. (Bravo.) Die Versammlung beschloß demgemäß.

Der von der gestrigen Handelskammer Konferenz ernannte Referent bezüglich des von Wedell'schen Antrages, Kommerzienrath **Frentzel** (Berlin) äußerte: Die Einbringung des Antrages sei um so trauriger, als dies in einer Zeit geschehe, da endlich wieder Handel und Industrie sich zu heben beginnen. Es sei ein großer Irrthum, wenn man glaube, durch den Antrag werde blos die Börse getroffen. Bedeutend mehr als die Börse werde gerade das Privatkapital, in nicht geringem Maße aber auch die Landwirthschaft geschädigt. Wenn man auf die Auswüchse der Börse hinweise, so möge man bedenken, daß die Börse keine geschlossene Körperschaft sei. Er glaube, die Herren Antragsteller seien sich der Tragweite ihres Antrages nicht bewußt gewesen. Der v. Wedell'sche Antrag würde dahin führen, daß kein Kaufmann mehr Herr in seinem Geschäfte wäre und es würde sich ein Spionir-System entwickeln, das geradezu unerträglich wäre. Jeder Kaufmann wäre genöthigt, den Steuerfiskal in seine innersten Geheimnisse einzuweihen. Ich habe das Vertrauen zu unserer Regierung und zu unseren parlamentarischen Körperschaften, daß das Gesetz keine Annahme finden wird. Mit lebhaftem Beifall wurde der Vortrag aufgenommen.

Syndikus der Berliner Kaufmannschaft, Kreisgerichts-Direktor a. D. Abg. **Beisert**, beleuchtete hierauf die einzelnen Punkte des Wedell'schen Antrages. Die Auffassung des Börsengeschäftes, wie sie seitens der Partei v. Wedell zu Tage träte, bekunde große Unkenntniß jenes Geschäftes. Er erinnere daran, daß der deutsche Juristentag jede Unterdrückung oder Erschwerung der Zeitgeschäfte für unzuläßig erklärt habe. Als seiner Zeit der Abgeordnete Frentzel-Pillkallen für die Rennprämien eintrat, antwortete ein Kollege desselben auf die erstaunte Frage: „Wie denn der radikale Frentzel für die Rennprämien eintreten könne, wenn man eine Sache versteht, dann ist man in derselben niemals radikal". Möchte doch dem Handel in den Reihen der Konservativen auch diese Art von Radikalismus erstehen.

In ähnlicher Weise äußerten sich Dr. **Jansen** (Dülken), **Puls** (Frankfurt a. M.) und **Frommel** (Augsburg). Generalsekretär **Bueck** (Düsseldorf) erklärt unter lebhaftem Beifall der Versammlung, daß auch diejenigen wirthschaftlichen Anschauungen, die er zu vertreten pflege, auf diesem Gebiete mit dem Antrag zusammenwirken.

Bei der Abstimmung, an welcher die Vertreter der Handelskammern von Plauen und Dresden Mangels Instruktion nicht theilnehmen, wird der vorliegende Antrag einstimmig angenommen. (Beifall.) (Nat.-Ztg.)

Provinzielles.

Stettin, 16. Dezember. Bald verfallendes Papiergeld. Preußische Banknoten à 10, 25, 50, 100 und 500 Thaler von 1846—1867 und à 100 Thaler vom 1. Mai 1874 sind aus Kurs gesetzt, werden aber vorläufig noch an der Reichsbank-Hauptkasse eingelöst. Gothaer Privatbank: 100-Marknoten werden noch eingelöst bis 31. Dezember. Einlösungsstelle: Privatbank in Gotha. Leipzig-Dresdener Eisenbahn-Kassenscheine und Weimarische Banknoten à 100 Mark sind zu präsentiren bei der Finanz-Hauptkasse in Dresden, bezw. bei der Bank in Weimar. Alle vorgenannten Papiere werden, wie bemerkt, in nächster Zeit ungültig.

— Wenn auch der Gang der Geschäfte, das Leben auf den Straßen und vor Allem das diesjährige Aprilwetter durchaus nicht daran erinnert, daß das Weihnachtsfest vor der Thüre ist, so bringt doch ein Blick nach dem Kalender die Gewißheit, daß uns nur noch 8 Tage von diesem Feste trennen. Ueberall werden Vorbereitungen getroffen, um das Fest würdig begehen zu können, in jeder Haushaltung beginnt man zu scheuern und zu räumen und mancher Geschäftsmann hat jetzt doppelten Verdruß, zu Hause wird zu viel, im Geschäft mit den Waaren zu wenig aufgeräumt und doch muß er im Hause der Familie im Geschäft den Kunden ein freundliches Gesicht machen. Am glücklichsten sind jetzt die lieben Kleinen, für sie sind die nächsten 8 Tage nur eine Periode des Hoffens und Wünschens und wenn auch manch' Gewünschtes am Christabend fehlt, so wird deshalb die Christfreude nicht geschmälert. Auch die üblichen Weihnachts-Ausstellungen werden nicht fehlen und am Sonntag der **neue Rathskeller** damit bereits den Reigen eröffnen. Auch in diesem Jahre hat Herr **Parske** Alles aufgeboten, um den Aufenthalt recht angenehm zu machen und das Lokal so „Weihnachtsmäßig" wie möglich auszustatten, es fehlen nicht die Nußknacker, Knecht Ruprecht und der „gute Weihnachtsmann", es fehlen ebensowenig Transparente die uns durch reizende Kindergruppen an die Christbescheerung erinnern, wie die großen mit Meisterschaft entworfenen Bilder „Jesus am Brunnen" und „Raphael's Madonna". Außerdem sind in diesem Jahre Tannenbäume in reichster Zahl aufgestellt und Tausende von Lichtern geben festlichen Glanz. Sicher wird schon in den nächsten Tagen der Besuch dieser Weihnachts-Ausstellung ein sehr reger werden, da bis Weihnachten kein Aufschlag auf das Bier erhoben wird.

— Das kaiserl. Postamt ersucht uns mitzutheilen, daß in der Zeit **vom 19. bis einschließlich 27. Dezember** die Ausgabe der mit den Posten eingehenden und für Zivilpersonen bestimmten gewöhnlichen Packete an bisheriger Stelle erfolgt, dagegen die an Behörden und Soldaten gerichteten Packete in den Kellerräumen des Posthauses, grüne Schanze 20, Eingang vom Hofe, ausgegeben und, daß beide Ausgabestellen auch am Sonntag, den 24. geöffnet sein werden.

— Ein Fabrikherr, welcher es duldet, daß in seiner Fabrik von seinen Arbeitern Kinder in gesetzwidriger Weise zur Aushülfe bei der Fabrikarbeit herangezogen und bezahlt werden, ist, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, III. Straffenats, vom 21. Oktober d. J., wegen gesetzwidriger Beschäftigung von Kindern in der Fabrik zu bestrafen, gleichwie, wenn er unmittelbar die Kinder beschäftigt hätte.

— Unter dem Namen „**bengalische Christbaum-Kerzen**" kommen jetzt vielfach Artikel in den Handel, welche eine bengalische Beleuchtung des Christbaums erzeugen sollen, thatsächlich aber nichts weiter sind, als ein etwas verlängertes „bengalisches Streichholz". Dieselben zur Christbaumbeleuchtung zu benutzen, ist nicht rathsam, denn einmal kann durch dieselben leicht der Christbaum event. die ganze Christbescheerung in Brand gesetzt werden und zweitens ist der Schein, welchen dieselben verbreiten, den Augen und besonders den Augen der Kinder sehr gefährlich. Es möge daher Niemand die nöthige Vorsicht außer Acht lassen.

— Durch Vermittelung des Chefs der deutschen Militär-Brieftaubenstationen, H. Lenzen in Köln, hat der Verein pomm. Brieftaubenzüchter „Blitz" für eins seiner Mitglieder den berühmten Stamm belgischer Brieftauben des kürzlich verstorbenen Herrn Arnold Beaujan in Aachen angekauft. Die Thiere haben sämmtlich Preise errungen und sind von folgenden Städten geflogen: Namur, Paris, Ostende, Angouleme, St. Quentin, Tours, Orleans, Lüttich und in diesem Sommer von Spanien. Da sie hier nicht einzugewöhnen sind, so werden sie nur zu Züchtungszwecken benutzt werden. Interessant ist das mit eingesandte Stammregister der Thiere, das bis auf viele Generationen zurückgeführt ist und genaue Auskunft giebt über Abstammung, Leistungsfähigkeit, errungene Preise 2c.

— Die **Stettiner Handwerker-Ressource** veranstaltet morgen, Sonntag, im Saale der alten Liedertafel (Succow) eine Theater-Vorstellung zum Besten einer Weihnachtsbescheerung für arme Kinder, bei welcher drei unterhaltende Einakter zur Aufführung gelangen. Da dieser Verein mehrere recht talentvolle Dilettanten zu seinen Mitgliedern zählt und dieselben die Hauptrollen übernommen haben, läßt sich eine wirkungsvolle Darstellung erwarten und wäre im Hinblick auf den guten Zweck ein zahlreicher Besuch zu wünschen.

— (Personal-Chronik.) Der Regierungs-Assessor Schroeter ist von Breslau nach Stettin an die königliche Regierung daselbst versetzt worden. — Der invalide Vize-Wachtmeister Karl Neubauer ist als Hilfsbote bei der königl. Regierung zu Stettin angenommen worden. — Die durch Pensionirung des bisherigen Inhabers erledigte Försterstelle Golchen, in der Oberförsterei Golchen, ist vom 1. Januar 1883 ab dem zum Förster ernannten Forstaufseher Braatz verliehen worden. — Die durch Pensionirung des bisherigen Inhabers erledigte Försterstelle zu Siedenbollentin, Forstreviers Golchen, ist vom 1. Januar k. J. ab dem Förster Nöring übertragen. — Der frühere Oberbootsmannsmaat Friedrich in Swinemünde ist zum königl. Schifffahrtsrevier-Schutzmann ernannt. — Versetzt ist der Hauptamts-Assistent Ladewig zu Wolgast in gleicher Eigenschaft nach Stettin. — Im Kreise Kammin ist für den Standesamtsbezirk Benz der Inspektor Stelter in Remitz zum Standesbeamten ernannt. — Die katholische Küster- und Lehrerstelle in Viereck, Archipresbyteriat Pasewalk, deren Einkommen bei freier Wohnung und Feuerung 874 Mark beträgt, kommt durch die Versetzung ihres seitherigen Inhabers zur Erledigung. Die Wiederbesetzung derselben erfolgt durch den Magistrat in Pasewalk. — In Massow, Synode Gollnow, ist der Lehrer Karnowsky provisorisch angestellt.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. **Stadttheater**: „Minna von Barnhelm, oder: Das Soldatenglück." Lustsp. in 5 Akten.

Friedrich **Haase** hat sein Gastspiel am Lobe-Theater in Breslau in Folge eines Theaterskandals, der am vergangenen Sonntag sich ereignete, abgebrochen. Er benachrichtigte das Publikum von dieser seiner Absicht, nicht weiter zu gastiren, in einer Ansprache nach der Vorstellung, die so ziemlich das Kühnste, und, aufrichtig gestanden, wohl das Stärkste sein dürfte, was je ein moderner Schauspieler seinem Publikum gegenüber gewagt hat. Nach Schluß der Aufführung des „Lumpensammler von Paris", welches Stück das Mißfallen der Breslauer so lebhaft erregt hat, trat Herr Haase bis dicht an die Rampe vor und sprach:

„Mein hochverehrtes Publikum! Die Aufnahme, die ich sonst immer von Ihrer Seite fand, machte mir den Aufenthalt unter Ihnen angenehm, der Ton, der mir entgegengebracht wurde, berührte mich sympathisch. Seit gestern aber hat dieser Ton ein solches Kolorit angenommen, daß ich mir nicht klar bin, ob ich mich noch unter anständigen Menschen befinde. Ich weiß nicht, ob die mehrfachen Zeichen des Mißfallens dem altfranzösischen Stoffe von Felix Pyat oder dem Schauspieler gelten. Jedenfalls appellire ich aber an Ihr Anstandsgefühl und bemerke, daß, wie ich mich Ihnen niemals aufgedrungen habe, ich Sie von meiner Gegenwart bald und gern befreien werde."

Vermischtes.

— (Neue Ueberschwemmungen.) Aus Sterzing (Tirol) wird unterm 10. d. geschrieben: „In der letzten Nacht konnte man von ¾10 Uhr bis 6 Uhr Morgens vom Brenner bis Brixen und weiter heftiges Blitzen unter fortwährendem Schneegestöber beobachten. Da der Schnee bei uns bis über zwei Fuß hoch liegt und heute Nachmittags mit Regen vermischt fiel, so sind wieder größere Wasseransammlungen in den inundirten Gebieten zu befürchten. Bis jetzt regnet und schneit es noch fort." — Aus Gastein wird unter dem gleichen Datum gemeldet: „Gestern Nachts gegen 9 Uhr erhob sich ein furchtbarer Sturm, welcher, von Blitz und strömendem Regen begleitet, die ganze Nacht ohne Unterbrechung wüthete und abermals mannigfachen Schaden zur Folge hatte. Der Regen ließ gegen Mittag nach, der Sturm jedoch währt bis zur Stunde (6 Uhr Abends) fort. Bei einer Temperatur von + 9 Grad Reaumur schmelzen die Schneemassen in rapider Weise und lassen weiteren Schaden, sowohl durch Absturz von Lawinen, als durch das Austreten von Bächen befürchten." — Aus Ischl und Umgegend werden gleichfalls Gewitter mit Erderschütterungen verbunden gemeldet. — Aus Mailand, 12. d., telegraphirt man: Neuerdings giebt es wieder Ueberschwemmungen in Brescia und Vicenca. Es regnet andauernd.

— (Ersparnisse durch Nichtrauchen.) Zwei ältere Männer promenirten vor Kurzem in einer Vorstadt Wien. Der Eine von ihnen hielt sinnend einen glimmenden Zigarrenstummel im Munde. Sie gingen eben an einem netten, einstöckigen Häuschen vorüber. „Welche Zigarrensorte rauchst Du?" frug der Nichtraucher. — „Londres zu 11," erwiderte der Raucher wehmüthig zwischen den Zähnen. — „Und wie lange rauchst Du schon, mein Freund," setzte der Andere fort. — „Seit meinem 17. Lebensjahre, also seit 34 Jahren." — „Siehst Du," meinte der Andere, „wenn Du all' das Geld nicht verraucht hättest, könntest Du jetzt schon Eigenthümer dieses wunderschönen Häuschens sein!" — „Sehr wahr, nur zu wahr!" erwiderte der Raucher im Tone resignirter Nachdenklichkeit. Nach Kurzem aber raffte er sich aus seiner Reflexion auf und sprach: „Welche Zigarrensorte rauchst Du?" — „Ich?" frug erstaunt der Andere, „Du weißt doch, daß ich nicht rauche!" — „So? Nun, dann bitte ich Dich, mir das Häuschen zu zeigen, das Du Dir aus Deiner Zigarrenersparniß gekauft hast!"

— (Heinrich Heine's Grab.) Am 12. Dezember legte Dr. Max Nordau im Namen des allgemeinen deutschen Schriftstellerverbandes, dessen einziges in Paris wohnhaftes Mitglied er ist, einen Lorbeerkranz von einem Meter im Durchmesser auf Heinrich Heine's Grab auf dem Kirchhofe des Montmartre. Der Kranz trägt den Namen des Verbandes und das Datum des 12. Dezember 1882. Der Verband wollte damit beweisen, daß Heine's Grab nicht, wie in deutschen Blättern behauptet worden, vergessen sei. Eine Deputation des hiesigen deutschen Turnvereins, bestehend aus den Herren Bessels, Müller und Weißenburg, begleitete den Kranzspender. (Heinrich Heine ist am 12. Dezember 1799 zu Düsseldorf geboren und am 18. Februar 1856 in Paris gestorben.)

Telegraphische Depeschen.

Wien, 15. Dezember. Die hiesigen Blätter beobachten bisher vollkommenes Stillschweigen über die Meldung betreffs der fünfjährigen Dauer des austro-deutschen Bündnisses. Die Meldung selbst wird nicht einmal von allen registrirt. Der offizielle Telegraph hatte die Meldung hierher nicht gebracht.

Gestern Abend legten auch 13 Mitglieder des Bezirksschulraths ihre Mandate wegen der Affaire der czechischen Schule in Wien nieder.

Der Vorsitzende des Prager Gerichtshofes, vor welchem gegenwärtig der große Sozialistenprozeß verhandelt wird, erhielt gestern aus Paris einen Brief mit einer Nummer der Most'schen „Freiheit" und die Nachricht, daß das „Todesurtheil" gegen ihn vom revolutionären Komitee gefällt. Der Vorsitzende Rostoschil theilte den Brief dem Gerichtshofe mit.

Rom, 14. Dezember. In der Deputirtenkammer überreichte der Minister des Auswärtigen Mancini das Grünbuch über die egyptische Frage.